

Günther HAASCH (Hg.): *Die Deutsch-Japanischen Gesellschaften von 1888 bis 1996*. Berlin: Edition Colloquium, 1996, 625 S., DM 79,-.

*Besprochen von Rolf-Harald WIPPICH*

Der Hamburger Japanologe Herbert WORM hat unlängst darauf hingewiesen, wie wichtig es sei, das Gesamtspektrum der deutsch-japanischen Beziehungen in den Blick zu nehmen und daher unterhalb der Schwelle der offiziellen Kontakte gerade auch die Tätigkeit all jener Gesellschaften und Institutionen wissenschaftlich zu erforschen, die als Multiplikatoren einen wichtigen Beitrag zum beiderseitigen Verständnis geleistet haben bzw. noch leisten (WORM 1994: 157). Diesen Aspekt der deutsch-japanischen Beziehungen zu beleuchten, ist das Anliegen des von Günther HAASCH, dem Präsidenten der Deutsch-Japanischen Gesellschaft in Berlin, herausgegebenen Bandes. Im vorliegenden Falle geht es um die Geschichte der deutsch-japanischen Vereine von 1888 (nach anderer Lesart 1890) bis in die unmittelbare Gegenwart. Der Schwerpunkt des Buchs liegt allerdings auf der historischen Entwicklung bis 1945, die von Annette HACK untersucht wurde. Nur ein Kapitel beschäftigt sich mit der Nachkriegszeit und dieses in Form von Selbstdarstellungen der deutsch-japanischen Vereine. Die umfangreiche Studie ist jenen personengebundenen Gesellschaften gewidmet, die sich als Träger der außeruniversitären Japankunde satzungsgemäß der umfassenden Beschäftigung mit Japan verschrieben haben und Geselligkeit als zentrales Moment der Vereinskultur pflegen.

Als Stammutter aller späteren deutsch-japanischen Vereine identifiziert die Studie die im Dezember 1888 von Inoue Tetsujirō<sup>1</sup>, einem Lektor am Berliner Seminar für Orientalische Sprachen, gegründete Wa-Doku-Kai. Dieser Verein sollte zunächst den japanischen Studenten in der Reichshauptstadt eine Heimstatt geben, öffnete sich aber schon bald auch für deutsche Japanfreunde. Indem die Wa-Doku-Kai Deutsche wie Asiaten unter einem gemeinsamen Dach vereinte, bildete sie ein Novum. Zwar war die Mitgliedschaft der Japaner zumeist episodenhaft und auf die Dauer des Studiums in Deutschland ausgerichtet, doch sorgten ab der Jahrhundertwende mehrere aus Japan zurückkehrende *oyatoi*,<sup>2</sup> wie der Histo-

---

<sup>1</sup> Inoue Tetsujirō (1855–1944) studierte 1884–1890 in Deutschland und wurde später ein berühmter Professor für Philosophie an der Kaiserlichen Universität Tōkyō.

<sup>2</sup> Ausländer im Dienste der japanischen Regierung.

riker Ludwig Riess oder der Arzt Erwin von Bälz, daß die Gesellschaft ständig frische „Blutzufuhr“ erhielt.

Wie alle anderen Privatvereinigungen im Kaiserreich war auch die Wa-Doku-Kai eine Honoratiorenvereinigung, deren klassisches Medium der gelehrte Vortrag war. Regelmäßige Sitzungen, Besichtigungen sowie deutsch-japanische Feste zählten zu den wichtigen Aktivitäten der Gesellschaft. Ab 1902 unterrichtete eine eigene Publikation über die Vereinsaktivitäten, die heute aufgrund der überaus schlechten Aktenlage eine der wichtigsten Informationsquellen über die Frühzeit ist. Darüber hinaus informierte die von Tamai Kisaku gegründete Zeitschrift *Ost-Asien*, die ebenfalls wertvolles Material (und bis 1902 fast ausschließlich) über die frühe Phase bereitstellt, regelmäßig über die Vereinsaktivitäten.

Ein wesentlicher Aspekt gerade der Anfangsjahre, der zwar erwähnt wird (S. 52), aber ruhig schärfer hätte betont werden sollen, ist das völlige Fehlen politisch einflußreicher Mitglieder. Darin liegt m. E. der Grund für den mangelnden politischen Einfluß der Gesellschaft. Daß in der deutschen Ostasienpolitik auf China gesetzt wurde (wirtschaftlich wie kolonial) und daß dies lange Zeit die unveränderte Konstante blieb, hätte dem Leser zumindest nahegebracht werden sollen, sonst verrutschen allzu leicht die Gewichte, und die Wa-Doku-Kai und deren Einfluß werden überschätzt. Die Wa-Doku-Kai war weit davon entfernt, etwas Vergleichbares zu sein wie die *pressure group* der China-Interessenten, bestehend aus Wirtschaftsvertretern, Diplomaten und Militärs, die die „überzeugenderen“ Argumente besaßen und an höchster Stelle Gehör fanden.

Über das abrupte Ende der Gesellschaft im Jahre 1912 lassen sich aufgrund der fragmentarischen Aktenüberlieferung nur Vermutungen anstellen. Sicher zählte die mangelnde programmatische Eindeutigkeit der Wa-Doku-Kai nicht eben zu deren Stärken, zumal der ostasiatische Wind für Deutschland aus China wehte. Das Interesse an Ostasien verteilte sich auf diverse Vereine und Organisationen, von denen die Mehrzahl wirtschaftlich, kulturell und künstlerisch auf China setzte und in arger Rivalität um die Publikumsgunst mit der deutsch-japanischen Vereinigung stand. Vor 1914 war zwar die private Beschäftigung mit Japan möglich, aber die meisten gesellschaftlichen Kräfte wurden von Regierung und Wirtschaft für China mobilisiert. Der Traum vom China-Markt wirkte hier epochal und drängte Japan ins Abseits.

Annette HACK schildert auch, wie nach dem Ersten Weltkrieg und der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Japan (1920) erst allmählich wieder deutsch-japanische Gesellschaften entstanden, die erste übrigens in Japan (Osaka 1921). In Deutschland kam eine vergleichbare Vereinigung, die Deutsch-Japanische Arbeitsgemeinschaft (D.J.A.G.), erst im Jahre 1928 auf Betreiben des Phi-

losophieprofessors Kanokogi Kazunobu zustande, der bis 1929 zusammen mit F. M. Trautz das wenige Jahre zuvor gegründete Japaninstitut in Berlin leitete. Die D.J.A.G. konstituierte sich schon ein Jahr später unter ihrem alten Namen „Deutsch-Japanische Gesellschaft“ (DJG) neu; Vorsitzender wurde der Kultursoziologe Wilhelm Haas.

Kanokogi, der bereits 1929 nach Japan zurückkehrte, zeichnete für eine Reihe von Organisations- und Satzungsänderungen verantwortlich, durch die sich die Vereinsaktivitäten zwar ungemein ausweiteten – auch auf nicht-wissenschaftliche Bereiche, die sich aber insbesondere in der engen fachlichen und personellen Kooperation mit dem Berliner Japaninstitut als hinderlich erwiesen. Wie Annette HACK betont (S. 101), gelang es der DJG durch die Anbindung kaum, eigenes Profil zu gewinnen und sich stärker gegenüber neuen Gesellschaftsschichten zu öffnen.

Neben der organisatorischen Überfrachtung und den eher hemmenden Fachsektionen innerhalb der DJG war die Finanzknappheit ein ständiger Begleiter der Gesellschaft. Der Ehrenvorsitzende Botschafter a. D. Wilhelm Solf sah sich deshalb bereits zu einem Hilferuf in japanischen Kreisen genötigt (S. 103). Finanznöte führten offenbar auch zur Einstellung der 1929 gegründeten DJG-Zeitschrift *Yamato* im Jahre 1932. Diese hatte sich seit 1930 immer stärker zu einem Publikationsorgan des Japaninstituts gemausert, ohne daß die DJG freilich ihre Herausgeberschaft aufgab. *Yamato* galt für viele der prominenten DJG-Mitglieder ohnehin nur als ein Forum unter anderen zur Veröffentlichung japanologischer Arbeiten.

Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten erfolgte die „Gleichschaltung“ der Gesellschaft ab Mai/Juni 1933 durch einen neuen, offiziell verordneten Vorstand unter Leitung des einflußreichen Wirtschaftslobbyisten Friedrich Wilhelm Hack und Sakai Naoe, einem Mitarbeiter des japanischen Marineattachés in Berlin, der im Oktober eine neue Satzung durchdrückte. Neuer Vorsitzender wurde der Admiral a. D. Paul Behncke, der über gute Kontakte zu politischen und militärischen Kreisen verfügte und eine beliebte Integrationsfigur war. Nach seinem Tode im Januar 1937 folgte ihm Richard Foerster, ebenfalls ein Admiral a. D., in der Präsidentschaft nach.

Es konnte kaum ausbleiben, daß die DJG politisch wie propagandistisch immer mehr vor den nationalsozialistischen Karren gespannt wurde und ihrerseits das Zusammenwirken zwischen Berlin und Tōkyō lautstark befürwortete. Die enge personelle Verzahnung zwischen DJG und Japaninstitut erleichterte es den NS-Machthabern zudem, die organisierten Japaninteressen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Die nationalsozialistische Manipulation der DJG wird – nicht zuletzt durch die günstigere Quellenüberlieferung – gründlich behandelt. Gelegentlich hätte dies jedoch noch

stärker akzentuiert werden können (etwa F. W. Hacks persönlicher Anteil am Zustandekommen des Antikominternpakts 1936).

Leider muß die historische Rekonstruktion des Themas aufgrund der Quellenlage unbefriedigend bleiben. Besonders für die Frühphase sind wir vielfach auf Mutmaßungen angewiesen; aber auch die Hintergründe und der Vollzug der „Gleichschaltung“ ab 1933 entziehen sich (vorerst?) einer zufriedenstellenden Entschlüsselung. Daß aber überhaupt das vorhandene Material bis zum Zweiten Weltkrieg ausgewertet und das Netzwerk der japanbezogenen Gesellschaften in Deutschland beschrieben und analysiert werden konnte, ist das Verdienst der Berliner Japanologin Annette HACK, der für ihre historisch-kritische Spurensuche ein uneingeschränktes Lob gebührt. Für den von ihr verfaßten historischen Teil, der trotz des Materialreichtums lesbar bleibt, hätte man sich ein Literaturverzeichnis gewünscht.

Die Entwicklung nach 1945, die aus Zeit- wie Kostengründen nicht mit der gleichen wissenschaftlichen Akribie verfolgt werden konnte, fällt gegenüber dem umfangreicheren historischen Teil, für den Frau HACK verantwortlich zeichnet, deutlich ab. Die knappe Skizzierung der Entwicklung von 1945 bis 1996 durch den Herausgeber sowie die Selbstporträts der einzelnen deutschen DJGs vermögen hier nur schwerlich einen Ersatz zu schaffen. Immerhin bieten sie Informationen zum Einstieg für alle, die sich für das Thema interessieren. Ein ebenso grundlegendes wie verdienstvolles, wohl lange überfälliges Werk, aus dem sich die Forschung viele Bausteine für weitere Projekte herausbrechen kann.

#### LITERATURVERZEICHNIS

WORM, Herbert (1994): Japanologie im Nationalsozialismus. Ein Zwischenbericht. In: KREBS, Gerhard und Bernd MARTIN (Hg.): *Formierung und Fall der Achse Berlin-Tokyo*. München: Iudicium, S. 153–186.